



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 16.08.2024 bis 23.08.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Christ darf Religionszugehörigkeit im Pass eintragen	3
Ägypten: Inhaftierter christlicher Konvertit kündigt Hungerstreik an	4
Äthiopien: Weit verbreitetes Phänomen	5
Brasilien: Streit um geplante Eröffnung einer Kirche zu Ehren Luzifers	6
D.R.Kongo: Zur Krise in Nordkivu	7
Deutschland: Thüringen-Spitzenkandidaten antworten auf kirchenpolitische Fragen	8
Deutschland: Appell an Kirchen	9
Deutschland: Streit um geplanten Kirchenabriss	10
Gazastreifen: Forscher warnt vor islamistischer Radikalisierung	11
Indien: Bei „Zwangsbekehrung“ droht lebenslange Haft	12
Indonesien: Vizepräsident gegen Lockerung von Kirchbau-Genehmigungen	14
Israel: Kämpfe im Norden halten an	16
Japan: Professor reflektiert über die tragische Geschichte der Christenverfolgung in Japan	17
Laos: Pastor vor den Augen seiner Familie getötet	18
Malaysia: Mufti schlägt vor, Muslime in nicht-muslimischen Gotteshäusern predigen zu lassen	19
Mittlerer Osten: Christen bereiten sich auf einen möglichen neuen Konflikt vor	20
Nicaragua: Niederschlagung der Christen	21
Nicaragua: Schon 245 Geistliche des Landes verwiesen	23
Nigeria: Besorgnis über das Schicksal von 20 Studierenden der Medizin	24
Nigeria: Schicksal von entführtem Pastor und Tochter unbekannt	25
Pakistan: Christliche Eltern erhalten Sorgerecht für drei entführte Töchter zurück	26
Russisch besetzte Ukraine: Orthodoxer Priester wegen „Spionage“ zu 14 Jahren Haft verurteilt	28
Schweiz: Freikirche klagt gegen ein Verbot im Kanton Genf	29
Südsudan: Bundesstaat Unity: Gouverneur verbietet Zwangsheiraten	30
Ukraine: Parlament beschließt Gesetz	31
Usbekistan: Restriktives Verhalten der Regierung gegenüber Gebäuden von Religionsgemeinschaften	32

# Ägypten: Christ darf Religionszugehörigkeit im Pass eintragen

**Bisher wurde er von den Behörden fälschlicherweise als Muslim geführt**

Kairo (IDEA) – Ein ägyptischer Christ, dem seit über zehn Jahren die Eintragung seiner korrekten Religionszugehörigkeit verweigert wurde, hat nun vor Gericht gewonnen. Das teilte die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit/Wien) mit, die ihn in vor Gericht unterstützt hat. Trotz seiner christlichen Erziehung und seines Glaubens sei der in Kairo lebende Elias\* (Name aus Sicherheitsgründen geändert) aufgrund eines Irrtums der ägyptischen Behörden in allen seinen Ausweisdokumenten als Muslim geführt worden. Aufgrund von Vorschriften des Innenministeriums habe ihn dieser Fehler daran gehindert, sich am Gemeindeleben zu beteiligen und seine Kinder auf eine christliche Schule zu schicken. Die Behörden hätten seine wiederholten Bitten ignoriert, seinen christlichen Glauben anzuerkennen. ADF International unterstützte den Christen durch seine Partner vor Ort. Das führte nun dazu, dass die Regierung die Änderung der Ausweisdokumente angeordnet hat, damit sie zukünftig seine religiösen Überzeugungen widerspiegeln.

**ADF: Zahlreiche weitere Fälle bekannt**

Im mehrheitlich islamischen Ägypten ist jeder Bürger dazu verpflichtet, Ausweisdokumente zu besitzen, in denen die Religionszugehörigkeit vermerkt ist. Anträge von Angehörigen religiöser Minderheiten, ihre muslimische Religionszugehörigkeit zu streichen und eine andere eintragen zu lassen, werden jedoch regelmäßig abgelehnt. Die ADF-Direktorin für globale Religionsfreiheit, Kelsey Zorzi (Washington/USA), betonte laut einer Mitteilung, dass ihre Organisation auch weiterhin andere Personen unterstützen werde, die Probleme mit ihren Personalausweisen haben. Es seien zahlreiche Fälle bekannt, in denen Angehörige religiöser Minderheiten diskriminiert und schikaniert würden, wenn sie eine Änderung ihrer Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren beantragten. Trotz jahrelanger Versuche, das Gesetz zu ändern, um den internationalen Standards der Religionsfreiheit Rechnung zu tragen, sei die Situation weitgehend unverändert geblieben.

**Einschränkungen der Religionsfreiheit**

ADF unterstützt zudem die juristischen Bemühungen um die Freilassung der Christen Nour Girgis und Abdulbaqi Saeed Abdo, die seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzen. Die Männer wurden 2021 wegen ihrer Beteiligung an einer Facebook-Seite verhaftet, die Personen unterstützt, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind. Die Behörden verhafteten die beiden, nachdem sie ihre Verbindung zu der Seite entdeckt hatten, und brachten sie fälschlicherweise mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung. ADF International setzt sich für ihre rasche Freilassung ein, da Abdo in einem Brief an seine Familie [angekündigt](#) hat, aufgrund der erlittenen Ungerechtigkeit in einen Hungerstreik zu treten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) und IDEA hatten die beiden Inhaftierten als „[Gefangene des Monats Juni 2024](#)“ benannt. Rund 90 Prozent der mehr als 110 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

# Ägypten: Inhaftierter christlicher Konvertit kündigt Hungerstreik an

## Er sitzt seit zweieinhalb Jahren ohne Prozess in Haft

Kairo (IDEA) – In Ägypten hat ein seit zweieinhalb Jahren ohne Gerichtsverfahren inhaftierter christlicher Konvertit einen Hungerstreik angekündigt. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit/Wien). Bei dem Mann handele es sich um den Jemeniten Abdulbaqi Saeed Abdo, der als registrierter Asylbewerber in Ägypten lebt. Der fünffache Familienvater hatte aufgrund seines Glaubenswechsels in seinem Heimatland Todesdrohungen erhalten. 2021 verhafteten ihn die ägyptischen Behörden mit einem weiteren Christen namens Nour Girgis. Ihnen wird vorgeworfen, an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) und IDEA hatten die beiden Inhaftierten als „[Gefangene des Monats Juni 2024](#)“ benannt. Abdo hatte laut ADF in einer privaten Facebook-Gruppe mit anderen christlichen Konvertiten über Theologie diskutiert. Die Facebook-Seite widmet sich der Unterstützung von Muslimen, die zum Christentum übergetreten sind. Wie ADF weiter berichtet, ist das Verfahren der beiden Christen mehrfach verschoben worden. Sie seien in unterschiedliche Haftanstalten gekommen. Ihr Gesundheitszustand habe sich verschlechtert, und sie hätten nur gelegentlich Besuch von ihren Familien und Anwälten erhalten.

## „Verzweifelter Hilferuf“

Am 7. August schrieb Abdo in einem [Brief](#) an seine Familie, dass er künftig die medizinische Behandlung verweigern werde. Er wolle seinen Streik schrittweise ausweiten. ADF spricht von einem angekündigten Hungerstreik. Abdo begründet seinen Schritt damit, dass er auch acht Monate nach Beendigung der Untersuchungshaft noch immer nicht frei gekommen sei. Die ADF-Direktorin für globale Religionsfreiheit, Kelsey Zorzi (Washington/USA), erklärte dazu: „Dieser verzweifelte Hilferuf von Abdulbaqi Saeed Abdo darf nicht ignoriert werden, und es ist höchste Zeit, dass die ägyptischen Behörden ihn und Nour Girgis aus ihrer ungerechtfertigten und unrechtmäßigen Haft entlassen.“

## US-Politiker: Schwere Verletzung der Menschenrechte

Der Vorsitzende des Unterausschusses für globale Menschenrechte im US-Repräsentantenhaus, Chris Smith, äußerte: „Die ägyptische Regierung hat Abdulbaqi Saeed Abdo mehr als zwei Jahre lang ohne bekannten Grund inhaftiert – außer, dass er seinen christlichen Glauben auf Facebook mit anderen Konvertiten geteilt hat. Seine Inhaftierung ist eine schwere und groteske Verletzung seiner Menschenrechte.“ Sein angekündigter Hungerstreik mache es dringender denn je, ihn freizulassen. Smith appellierte sowohl an die ägyptische Regierung als auch an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), aktiv zu werden. Rund 90 Prozent der mehr als 110 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

# Äthiopien: Weit verbreitetes Phänomen

## Entführungen mit dem Ziel der Lösegelderpressung nehmen zu

Addis Abeba (Fides) - Entführungen mit dem Ziel der Lösegelderpressung sind in mehreren Regionen Äthiopiens auf dem Vormarsch. Sie werden sowohl von kriminellen Banden als auch von Guerillabewegungen durchgeführt, die sich mit den erpressten Lösegeldern finanzieren. Entführungen haben aber auch einen politischen Zweck: Sie sollen in der Bevölkerung Angst und Misstrauen gegenüber den Behörden säen.

Anfang Juli sorgte die Entführung von hundert Studierenden, die aus der Amhara-Region nach Addis Abeba reisten, für Aufsehen. Sie wurden von Guerillakämpfern in Garba Guracha in der Region Nord-Soa, etwa 155 km von der Hauptstadt entfernt, in der Region Oromia entführt.

Die Entführer, die angeblich der Oromo Liberation Army (OLA) auch bekannt als Oromo Liberation Front, (OLF Shene) angehören, fingen drei Busse ab, in denen die Studierenden unterwegs waren. Die Familien einiger der Geiseln haben von den Entführern Lösegeldforderungen (zwischen 8.000 und 17.000 USD) erhalten, aber bisher wurden die Geiseln nicht freigelassen.

Die meisten Entführungen werden aus der Region Oromia gemeldet, aber es gibt auch immer mehr Fälle von Entführungen in anderen vom Krieg gezeichneten Regionen, insbesondere in den Krisenregionen Tigray und Amhara. Auch grenzüberschreitende Entführungen durch Nicht-OLA-Gruppen wurden aus verschiedenen Teilen des Landes gemeldet. Die OLA wies unterdessen in einer am 11. Juli auf X veröffentlichten Erklärung die Anschuldigungen zurück, die Entführungen verübt zu haben, und beschuldigte stattdessen die Regierungspartei, die Entführungen als Mittel zur Diskreditierung der Opposition zu nutzen, und behauptete, die Regierung entführe Bürger, um ihre Kritiker zu diffamieren. Abgesehen vom Wahrheitsgehalt der darin enthaltenen Behauptungen zeigt diese Erklärung, dass die Geißel der Entführungen nicht nur eine kriminelle, sondern auch eine politische Angelegenheit ist. Bis vor kurzem waren Entführungen außerhalb der OLA-Hochburgen in West-Oromia in der Tat selten. Die Übergriffe richteten sich in der Regel gegen Polizeibeamte, Regierungsbeamte und deren Angehörige, und die Ziele waren in der Regel politischer Natur, z. B. die Erhöhung der Instabilität oder die Demonstration der Präsenz der Guerilla in einem bestimmten Gebiet. Die Vorgehensweise der OLA könnte jedoch kriminelle Banden inspiriert haben, die sich in den letzten Monaten vor allem aus wirtschaftlichen Gründen dem Geschäft der Entführungen mit dem Ziel der Lösegelderpressung zugewandt haben. Die Instabilität und die prekäre wirtschaftliche Lage in den betroffenen Regionen Äthiopiens, die von den jüngsten Konflikten hervorgerufen wurden, die nie vollständig beigelegt wurden (Tigray und Amhara), begünstigen kriminelle Handlungen wie Entführungen. Erpresserische Entführungen machen auch vor Mitarbeitern einiger internationaler Hilfsorganisationen nicht halt. Dies ist der Fall von Yared Malese, einem Mitarbeiter der Action for Social Development and Environmental Protection Organisation (ASDEPO), der von einer unbekanntem bewaffneten Gruppe entführt und anschließend ermordet wurde, die im Bezirk Dawunt in North Wollo in der Region Amhara aktiv ist. Mit der Ermordung von Malese wurden insgesamt bereits acht Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Äthiopien getötet, davon sechs in der Region Amhara. Im Jahr 2024 wurden nach Angaben der in Äthiopien tätigen UN-Organisationen 14 Entführungen von Entwicklungshelfern zum Zwecke der Lösegelderpressung gemeldet, hauptsächlich in den Regionen Zentral- und Nord-Gondar. (L.M.) (Fides 21/8/2024)

# Brasilien: Streit um geplante Eröffnung einer Kirche zu Ehren Luzifers

## Zu ihr soll eine Statue des Dämons gehören – Gericht stoppt Einweihung

Porto Alegre (IDEA) – Die geplante Eröffnung einer Luzifer gewidmeten Kirche mit einer Statue des Dämons stößt in Brasilien auf heftigen Widerstand. Das berichtet das Nachrichtenportal latinapress. Hinter dem Projekt steht demnach der „Neue Orden Luzifers auf Erden“, ein Zweig der afro-amerikanischen Quimbanda-Religion. Dem Orden sollen 100 Personen angehören. Er besitzt ein fünf Hektar großes Gelände in einer Gemeinde nahe der Stadt Porto Alegre (Bundesstaat Rio Grande do Sul). Die 5,5 Meter hohe Statue Luzifers ist dem Bericht zufolge aus Beton gefertigt und mehr als eine Tonne schwer. Laut Ordensgründer Lukas de Bará da Rua handelt es sich um das größte Bildnis Luzifers in Brasilien. Die geplante Aufstellung der Statue in der Gemeinde Gravataí sorgte unter den Einwohnern und in Sozialen Medien für Proteste. Auf Antrag der Gemeinde untersagte ein Gericht die Einweihung, die für den 14. August angesetzt war. Das Gericht begründete dies damit, dass eine Betriebsgenehmigung für die Baustelle fehle. Bei Zuwiderhandlung drohte das Gericht eine Geldstrafe an. Der Orden teilte mit, dass er Drohungen und Hassbotschaften erhalten habe. Er sei gezwungen, den Standort des Heiligtums geheim zu halten und einen Sicherheitsdienst zu beauftragen, um die Statue zu schützen. „Wir sind Opfer von religiöser Intoleranz“, erklärte Ordensgründer de Bará da Rua. Luzifer gilt der Überlieferung nach als ein von Gott abgefallener „Engel des Lichts“, der in die Hölle gestürzt wurde und seitdem als Satan agiert.

# D.R.Kongo: Zur Krise in Nordkivu

**UN-Koordinator für humanitäre Hilfe: „Das Fehlen kollektiver Empörung, diese Toleranz, stellt unsere Menschlichkeit in Frage“**

Kinshasa (Fides) - „Zwischen Januar und Juni dieses Jahres wurden sechs humanitäre Helfer getötet und elf entführt, wobei mehr als 200 Übergriffe direkt auf die humanitären Helfer vor Ort abzielten“, sagt Bruno Lemarquis, stellvertretender Sonderbeauftragter der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) und Koordinator der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe in der Demokratischen Republik Kongo, der sich dabei auf die Situation in Nord-Kivu im Osten des Landes bezieht. Anlässlich des Welttages der humanitären Hilfe am heutigen 19. August, erinnerte Lemarquis daran, dass sich die internationale Gemeinschaft wenig oder gar nicht um die Tragödie kümmert, die diese Region der Demokratischen Republik Kongo erlebt, die von Massakern, der Zwangsvertreibung von Millionen von Menschen und der Ermordung von humanitärem Personal betroffen ist.

„Trotz der Schwere der Massaker und des Leids, das die lokale Bevölkerung erleidet, ist die Welt nicht ausreichend empört über diese katastrophale Situation“, sagte er. „Das Fehlen kollektiver Empörung, diese Toleranz, stellt unsere Menschlichkeit und unsere Fähigkeit, die systematische Gewalt, die unschuldiges Leben dezimiert, zu verhindern und dagegen vorzugehen, in Frage. Deshalb bezeichne ich diese Krise nicht nur als eine der am meisten vernachlässigten in der Welt, sondern auch als eine der am meisten tolerierten.“

Eine Krise, die weiterhin Hunderttausende von Menschen in die Flucht treibt. „In der ersten Hälfte des Jahres 2024 waren etwa 7,3 Millionen Menschen in der Demokratischen Republik Kongo auf der Flucht. Das entspricht mehr als 400.000 neuen Vertriebenen seit Dezember 2023“, sagt der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe.

Laut Lemarquis sind die am stärksten betroffenen Opfer Frauen, Mädchen und sogar kleine Mädchen, die Folter und sexueller Gewalt ausgesetzt sind, als Teil einer verbrecherischen Kriegsstrategie, um die lokale Bevölkerung zur Flucht aus ihren Dörfern zu zwingen. In diesem Zusammenhang verbreiten sich Infektionskrankheiten wie Cholera, Masern und zuletzt Affenpocken leicht und schnell. Lemarquis zufolge ist die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber der Tragödie der Ostkongolesen an einer spezifischen Tatsache festzumachen: „Der Plan für die humanitäre Hilfe im Jahr 2024 ist nur zu 35 % finanziert, was bedeutet, dass Hunderttausende von gefährdeten Menschen zurückgelassen werden“.

In Nord-Kivu besteht der Hauptkonflikt zwischen der kongolesischen Armee, die von einigen so genannten „Selbstverteidigungs“-Milizen unterstützt wird, und der M23-Rebellenbewegung, die ihrerseits vom Nachbarland Ruanda unterstützt wird. In dieser Provinz wie auch in den Nachbarprovinzen Süd-Kivu und Ituri sind jedoch mehrere hundert bewaffnete Formationen aktiv, darunter eine dschihadistisch geprägte, die Allied Democratic Forces (ADF). Neben den ethnischen und Stammeskonflikten gibt es vor allem auch politische und wirtschaftliche Gründe, die die Instabilität im Osten der Demokratischen Republik Kongo schüren. Angefangen bei der Ausbeutung der immensen natürlichen Reichtümer der Region, von Holz bis Coltan, von Gold bis Zinn, durch fast alle Kriegsparteien.

(L.M.) (Fides 19/8/2024)

# Deutschland: Thüringen-Spitzenkandidaten antworten auf kirchenpolitische Fragen

Die Kirchenzeitung „Glaube+Heimat“ befragte die im Landtag vertretenen Parteien

Weimar (IDEA) – Die mitteldeutsche Kirchenzeitung „Glaube+Heimat“ (Weimar) hat die Spitzenkandidaten der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl am 1. September befragt. Unter anderem geht es um die Haltung der Politiker zur Kirchensteuer, zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen und zum Kirchenasyl, aber auch um die Bekämpfung des Antisemitismus. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) plädiert für eine Diskussion darüber, die Kirchensteuer – nach italienischem Vorbild – in eine Kultussteuer umzuwandeln. Dabei zahle jeder Bürger einen Obulus, könne aber selbst entscheiden, an wen. Der FDP-Landesvorsitzende Thomas L. Kemmerich hält „das Privileg, dass der Staat die Kirchensteuern veranlagt“, für nicht mehr zeitgemäß. Kirchen sollten selbst Mitgliedsbeiträge erheben. Nach Ansicht des AfD-Landessprechers und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke hat sich das System der Kirchensteuer prinzipiell bewährt. Man müsse aber darüber diskutieren, ob dieses System angesichts der sinkenden Bedeutung der Kirchen und des wachsenden Einflusses des Islams heute noch zeitgemäß sei. Der SPD-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Georg Maier möchte weder an der Kirchensteuer noch an Staatsleistungen an die Kirchen etwas ändern. Den dafür zu leistenden dreistelligen Millionenbetrag könne Thüringen nicht aufbringen, ohne viele andere Maßnahmen dafür zu streichen. Die anderen Kandidaten fordern, den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen umzusetzen. Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Mario Voigt betont zugleich: „Entscheidend ist, dass die Kirchen dabei wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden.“ Mit den Staatsleistungen werden die Kirchen für die Enteignung kirchlicher Güter und Grundstücke im Zuge der Säkularisierung vor allem Anfang des 19. Jahrhunderts entschädigt. Für das Jahr 2023 zahlten die Bundesländer nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 602 Millionen Euro Staatsleistungen an die beiden Großkirchen. Im Grundgesetz ist eine Ablösung der bisher jährlich geleisteten Zahlungen vorgesehen.

## Kirchenasyl: Wer dafür und wer dagegen ist

Voll hinter das Kirchenasyl stellen sich die Spitzenkandidaten von „Die Linke“, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Beim Kirchenasyl nehmen Kirchengemeinden vorübergehend Flüchtlinge auf, die abgeschoben werden sollen. Die Landessprecher der Grünen, Madeleine Henfling und Bernhard Stengele, bezeichnen das Kirchenasyl als humanitäre Maßnahme in Härtefällen. Es ermögliche Betroffenen, bis zur erneuten Prüfung ihres Falls in Deutschland zu bleiben. Zurückhaltender äußern sich die Vertreter von CDU und FDP. Nach Meinung von Voigt muss Kirchenasyl „die absolute, sehr gut begründete Ausnahme bleiben“, denn jeder Asylbewerber bekomme in Deutschland ein faires Verfahren und eine ausreichende Versorgung während seines Aufenthalts. Kemmerich betont, dass das Justizmonopol des Staates nicht durch das Kirchenasyl unterlaufen werden dürfe. Höcke wendet sich gegen das Kirchenasyl. Es „stellt eine Untergrabung des Rechtsstaates dar, die wir wie jede Untergrabung des Rechtsstaats strikt ablehnen“. Den Kirchen wirft er vor, „mehr und mehr zu Agitatoren einer linksgrünen politischen Agenda“ zu werden.

## Wie soll man dem Antisemitismus begegnen?

Die Spitzenkandidaten verurteilen einhellig den Antisemitismus und äußern sich dazu, wie man Judenhass entgegenwirken kann. Höcke plädiert für eine „konsequente Remigrationspolitik“. Denn die „verfehlte Einwanderungspolitik der Altparteien“ habe „zum Import eines aggressiven muslimischen Antisemitismus“ geführt. Die anderen Parteien sprechen sich unter anderem dafür aus, die Aufklärungs- und Bildungsangebote zu verstärken (CDU) sowie jüdische Kulturangebote langfristig finanziell abzusichern (Grüne). Über die Antworten der Politiker hat die Kirchenzeitung die biblische Aussage gestellt „Prüft aber alles und das Gute behaltet“ (1. Thessalonicher 5,21)



# Deutschland: Appell an Kirchen

## Mehr für verfolgte religiöse Minderheiten einsetzen - Gesellschaft für bedrohte Völker wendet sich auch an die Bundesregierung

Göttingen/Hannover (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat die Bundesregierung, den Bundestag und die beiden großen Kirchen aufgefordert, sich stärker für die verfolgten religiösen Minderheiten im Irak und in anderen Ländern der arabisch-islamischen Welt einzusetzen. Die Organisation nennt als Betroffene Christen, Jesiden, Mandäer und Baha'í. „Unsere Politiker sollten in ihren Gesprächen mit den Regierungsvertretern des Irak nicht nur Höflichkeiten austauschen, sondern die Lage der religiösen Minderheiten klar und deutlich ansprechen“, forderte der Nahostreferent der Organisation, Kamal Sido, am 22. August in Göttingen. Anlass ist der „Internationale Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens“. Zehn Jahre nach dem Genozid an der jesidischen Gemeinschaft in Sinjar (Shingal) im äußersten Nordwesten des Irak und der Massenvertreibung der christlichen Gemeinden lebten noch immer mindestens 600.000 irakische Binnenflüchtlinge in der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Landes, so die Menschenrechtsorganisation. Davon seien schätzungsweise sieben Prozent Christen. Den Großteil der Binnenflüchtlinge bildeten Jesiden. Sido: „Sie alle können aufgrund der instabilen Lage nicht in ihre alte Heimat, nach Sinjar, Mossul oder in die Ninive-Ebene zurückkehren. Die instabile Lage, das Erstarken des politischen Islam schiitischer und sunnitischer Prägung nicht nur im arabischen Irak, sondern auch in Kurdistan, lässt viele Angehörige der religiösen Minderheiten über eine Auswanderung nachdenken.“ Am schlimmsten sei „die anhaltende Hetze islamistischer Imame im Irak, aber auch in Kurdistan gegen religiöse Minderheiten wie die Jesiden. Durch politische Rückendeckung aus der Türkei, dem Iran oder Katar fürchten die radikalen Imame keine strafrechtlichen Konsequenzen durch die korrupten staatlichen Behörden“, sagte Sido. Er fordert Politik und Kirchen in Deutschland auf, bei ihren Gesprächen im Irak zu diesen Missständen klar Stellung zu beziehen.

## EKD-Auslandsbischofin: Jesidinnen erlitten „unvorstellbares Martyrium“

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) erinnerte anlässlich des Gedenktages insbesondere an den Leidensweg der Jesiden, der vor zehn Jahren in Sinjar begann. Ab August 2014 hatte die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) die Angehörigen der religiösen Minderheit systematisch verfolgt, vertrieben und ermordet. Der IS verübte ein Massaker an mehr als 5.000 männlichen Jesiden und versklavte rund 7.000 Mädchen und Frauen. Die EKD-Auslandsbischofin Petra Bosse-Huber (Hannover) erklärte: „Für Jesidinnen folgten Jahre eines unvorstellbaren Martyriums in der Gewalt des IS. Sie wurden gedemütigt, vergewaltigt, zum Verkauf angeboten – weil Jesiden in den Augen der Islamisten Ungläubige sind, die kein Lebensrecht haben.“ Auch die christlichen Gemeinden, die seit den ersten Jahrhunderten nach Christus in der Ninive-Ebene beheimatet sind, seien zu Opfern von Massenflucht und Vertreibung während der IS-Herrschaft geworden, so die EKD. Gegen Jesiden habe sich aber der systematische Vernichtungswille der Islamisten gerichtet, „der die komplette Auslöschung der jesidischen Minderheit, ihrer Religion und ihrer Kultur zum Ziel hatte“. Laut Bosse-Huber sind Abschiebungen von Jesiden aus Deutschland nicht zu rechtfertigen. Auch wenn der IS als besiegt gelte, sei die Gefahr nicht gebannt. Die Bischofin plädiert für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung.

# Deutschland: Streit um geplanten Kirchenabriss

## Gelsenkirchen: Die entweihte Kirche „Heilige Familie“ soll einer Turnhalle weichen

Gelsenkirchen (IDEA) – Im Gelsenkirchener Stadtteil Bulmke-Hüllen ist Streit über die Zukunft der früheren katholischen Kirche „Heilige Familie“ entbrannt. Nach Plänen der Stadtverwaltung soll das Bauwerk abgerissen werden, um auf dem Gelände eine Turnhalle zu errichten. Sie soll von zwei Gymnasien genutzt werden, die sich derzeit eine andere Halle mit einem Berufskolleg teilen müssen. Die Verwaltung sehe dafür dringenden Bedarf, erklärte der Heimatbund Gelsenkirchen auf seiner Internetseite. In der Bevölkerung gebe es aber wachsenden Widerstand gegen die Pläne. So kritisiere die Freie Bürgerinitiative Gelsenkirchen (FBI) den geplanten Abriss als „eklatanten Fehler“ und fordere, das Gebäude als „bauliches Symbol des Friedens und der Ruhe“ zu erhalten. Die Kirche „Heilige Familie“ wurde 1908 gebaut und 2022 entweiht. Sie steht nicht unter Denkmalschutz.

# Gazastreifen: Forscher warnt vor islamistischer Radikalisierung

**Zick: Terroristen sprechen Kinder und Jugendliche in sozialen Medien an**

Düsseldorf/Bielefeld (IDEA) – Der Extremismusforscher Andreas Zick (Bielefeld) hat vor einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen gewarnt. Terrororganisationen nutzten den Gaza-Krieg dafür, um junge Menschen über die sozialen Medien zu beeinflussen, sagte der Sozialpsychologe gegenüber der „Rheinischen Post“. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 vermischten sich im Internet propalästinensische und islamistische Inhalte. Die Hamas und andere Organisationen verfügten über Netzwerke und Kapital, um Jugendliche dort zu rekrutieren. Die Taktik der Terroristen sei, die Emotionen der Heranwachsenden anzusprechen. „Im Internet sehen sie Opferbilder von palästinensischen Kindern und Babys, dazu Propaganda mit dem Tenor: Das sind eure Brüder und Schwestern, denen das angetan wurde.“ Damit erreichten die Islamisten schon Kinder im Grundschulalter. „Acht- oder Neunjährige haben heute relativ klare Ansichten von der Welt. Sie bauen so etwas wie eine ideologische Struktur auf und interessieren sich für politische Sachverhalte“, erklärte Zick. Sogar schon Fünfjährige begännen heute „Identitäten aufzubauen“. Gleichzeitig hätten die Kinder Zugang zu allen möglichen Medien. „Deshalb fängt eine Rekrutierung islamistischer Terrorgruppen sehr viel früher an, als wir glauben. Es gibt unglaubliche Identitätskampagnen im Netz, die sehr emotionsgetrieben sind“, so der Forscher.

# Indien: Bei „Zwangsbekehrung“ droht lebenslange Haft

## Kirchenleiter reagieren besorgt auf verschärftes Anti-Bekehrungs-Gesetz in Uttar Pradesh

IIRF-D/OD/Tübingen/20.08.24 – Trotz der neuerlich von Kirchenleitern zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die Verschärfung der Diskriminierung und Bedrängnis von Christen im Bundestaat Uttar Pradesh ([wir berichteten](#)) hat die Landesregierung das bestehende „Anti-Bekehrungs-Gesetz“ erweitert und verschärft. Hier ein Bericht von Open Doors Deutschland:

(Open Doors, Kelkheim) – Die Landesregierung des nordindischen Bundesstaats Uttar Pradesh hat am 30. Juli sein bestehendes „Anti-Bekehrungs-Gesetz“ erweitert und verschärft. Dabei wurde unter anderem das Strafmaß für diejenigen verschärft, die der Zwangsbekehrung einer anderen Person für schuldig befunden werden. Kirchenleiter warnen vor den Folgen sowohl für Pastoren als auch für Konvertiten zum christlichen Glauben.

### Anklagen erleichtert, Strafen verschärft

Das geänderte „Gesetz über das Verbot rechtswidriger Änderung der Religion“ in Uttar Pradesh wurde am 30. Juli verabschiedet. Es wird in Kraft treten, sobald der Gouverneur es unterzeichnet hat. Als strafrechtlich relevante „Zwangsbekehrungen“ gelten solche, die durch Gewalt, unzulässige Beeinflussung oder Nötigung zustande gekommen sind, aber auch solche aufgrund von Heirat oder betrügerischen Mitteln.

In der ursprünglichen Fassung des Gesetzes aus dem Jahr 2021 konnte nur der Betroffene oder ein Blutsverwandter gegen eine solche „Zwangsbekehrung“ Klage einreichen. Die jetzt verabschiedete Version des Gesetzes ermöglicht es jedoch jedem, bei der Polizei eine Anzeige zu erstatten. Wer verhaftet und wegen Verstoßes gegen die neue Verordnung angeklagt wird, kommt ins Gefängnis und hat dann keine Möglichkeit mehr, auf Kautionsfreizulassung zu kommen. Außerdem wurde die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis auf lebenslange Haft erhöht.

Laut Abhay Kumar\*, einem lokalen Partner von Open Doors, sind Kirchenleiter in Uttar Pradesh wegen der Gesetzesverschärfung in großer Sorge: „Sie prognostizieren, dass die Änderungen die Verfolgung der christlichen Gemeinschaft beschleunigen und intensivieren werden“, berichtet Kumar. „Christliche Konvertiten werden die Auswirkungen unmittelbar zu spüren bekommen, da sie noch stärker ins Visier geraten werden; Hauskirchen und ihre Pastoren werden als ‚unpatriotisch‘ betrachtet“, sagt er – angesichts des verbreiteten Hindu-Nationalismus eine schwerwiegende Anschuldigung.

### Indischer Kirchenrat: Gesetz widerspricht der Verfassung

Uttar Pradesh ist der größte und bevölkerungsreichste Bundesstaat Indiens. 2021 verabschiedete die Landesregierung erstmals ein Anti-Bekehrungs-Gesetz. Derartige Gesetze wurden bereits in insgesamt 12 indischen Bundesstaaten eingeführt, wo sie von hindu-nationalistischen Gruppen benutzt werden, um gegen religiöse Minderheiten wie Christen und Muslime vorzugehen. Bislang wurden jedoch nur wenige Personen aufgrund dieser Gesetze verurteilt.

Der „Nationale Kirchenrat in Indien“, dem zahlreiche protestantische und orthodoxe Kirchen angehören, hat die neuen Vorschriften in einer öffentlichen Erklärung verurteilt. Nach Einschätzung des Rates verstoßen die Bestimmungen gegen die indische Verfassung. „Die Konversion an sich ist keine Straftat, es sei denn, sie wurde durch unzulässige Beeinflussung, Täuschung oder Nötigung herbeigeführt, was nur das Opfer geltend machen kann“, heißt es in der Erklärung, die von der katholischen Nachrichtenseite „Cruz“ zitiert wird. Und weiter: „Das Anti-Bekehrungs-Gesetz greift in das verfassungsmäßige Recht auf freie Religionsausübung und freies Religionsbekenntnis ein, ein grundlegendes Menschenrecht, das sowohl von der indischen Verfassung als auch von internationalen Menschenrechtsstandards anerkannt wird.“

Derweil befassen sich auch die Gerichte mit dem Thema. Im vergangenen Monat hatte der Oberste Gerichtshof von Uttar Pradesh „religiöse Konversion“ als generell verfassungswidrig eingestuft. Als Begründung nannten die Richter die Gefahr, dass die derzeitige (hinduistische) Bevölkerungsmehrheit andernfalls zu einer Minderheit werden könne. Demgegenüber beschäftigt sich der Oberste Gerichtshof Indiens derzeit mit der Frage, ob die Anti-Bekehrungs-Gesetze überhaupt mit der indischen Verfassung vereinbar sind.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht [Indien](#) an 11. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quellen: Indian Express, NDTV, UCAN, Open Doors (16.08.2024)*

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indien-bei-zwangsbekehrung-droht-lebenslange-haft?pk\\_campaign=NA&pk\\_kwd=20240816](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indien-bei-zwangsbekehrung-droht-lebenslange-haft?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240816)

# Indonesien: Vizepräsident gegen Lockerung von Kirchbau-Genehmigungen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/22.08.24 - Gegen einen Vorschlag des indonesischen Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, die Rolle eines muslimisch dominierten Gremiums abzuschaffen, das die Bemühungen von Minderheitsreligionen um den Bau von Gotteshäusern erschwert hat, hat sich Widerstand formiert.

Der indonesische Vizepräsident warnte letzte Woche vor den Bemühungen, die Rolle des muslimisch dominierten Forums für interreligiöse Harmonie (*Forum Kerukunan Umat Beragama*, FKUB) zu beenden. Vizepräsident Ma'ruf Amin, dessen Amtszeit im Oktober endet, sagte am 7. August vor Reportern, der Minister für religiöse Angelegenheiten hätte den Vorschlag nicht machen dürfen.

„Die Regel für die Errichtung von Gotteshäusern ist eine Vereinbarung der religiösen Räte“, sagte er, wie detik.com berichtet.

Ma'ruf Amin sagte, das Ministerium für religiöse Angelegenheiten solle die Grundlage für die Empfehlungen der FKUB zur Errichtung von Gotteshäusern überprüfen und die Beamten des Ministeriums sollten die Parteien anhören, die an der Formulierung der Verordnung beteiligt waren.

„Zuerst sollte man sich die Gründe ansehen, warum die Verordnung erlassen wurde“, sagte er. „Und hören Sie sich viele Meinungen der damals Beteiligten an.“

Ma'ruf Amin half bei der Festlegung der Rolle der FKUB.

„Die Vereinbarung wurde nach vier Monaten und in 11 Sitzungen getroffen“, sagte er. „Ich erinnere mich, dass ich derjenige war, der sie ins Leben gerufen hat. Aus den Ergebnissen dieser Diskussionen wurde eine Vereinbarung getroffen, die dann als gemeinsame Verordnung des Religionsministers und des Innenministers verkündet wurde.“

Der indonesische Minister für Religionsangelegenheiten Yaqut Cholil Qoumashad hatte laut detik.com angekündigt, dass die Regierung plane, die Vorschriften für den Bau von Gotteshäusern zu ändern, um es religiösen Minderheitengruppen zu erleichtern, solche zu errichten.

In seiner Rede auf dem Nationalen Dialog und dem Nationalen Arbeitstreffen der Christlichen Bewegung Groß-Indonesiens (*Gekira*) im Bidakara Hotel in Jakarta am 3. August sagte Yaqut, dass nach den neuen Vorschriften nur noch Empfehlungen für den Bau von Gotteshäusern durch lokale Zweigstellen des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten berücksichtigt würden.

„Die Regierung, die ihre Präsenz bei den religiösen Minderheiten zeigen will, ist der Ansicht, dass die Empfehlung für die Errichtung eines Gotteshauses nur durch das Religionsministerium ausreichend ist, und hebt von nun an die Rolle der FKUB auf“, sagte Yaqut.

Yaqut wies darauf hin, dass die Berücksichtigung von Empfehlungen der FKUB die Bemühungen der religiösen Minderheitengemeinschaften um den Bau von Gotteshäusern erschwert, und versprach, dass die entsprechenden Vorschriften bald erlassen werden.

Nach geltendem Recht gibt es zwei Anforderungen, die religiöse Gruppen erfüllen müssen, sagte er.

„Das macht es natürlich für Sie alle schwierig, vor allem wenn es viele Muslime gibt und die Mehrheit dort ist“, sagte Yaqut. „Gestern hat der Koordinationsminister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten mit uns und dem Innenminister vereinbart, dass dies in eine Präsidialverordnung umgewandelt wird. So wird die Errichtung dieser Gotteshäuser hoffentlich bald nicht mehr schwierig sein.“

Der Appell des Vizepräsidenten der Regierung von Präsident Widodo in letzter Minute beunruhigte jedoch Bonar Tigor Naipospos, den stellvertretenden Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Setara Institute for Democracy and Peace, der sagte, er sei besorgt, dass die Ablehnung die Umsetzung der neuen Verordnung verzögern würde.

„Das Problem ist, dass hinter Ma'ruf Amins Aussage eine große Macht stehen könnte - die Macht der Islamisten, die nicht immer auf einer Linie mit den gemäßigten Indonesiern sind“, sagte Bonar gegenüber Morning Star News.

Ma'ruf Amin ist der Vorsitzende des *Majelis Ulama Indonesia* (indonesischer Ulema-Rat, oder MUI), des obersten islamischen Gelehrtengremiums des Landes, das tendenziell konservativ ist.

Ma'ruf war eine Schlüsselfigur bei mehreren vom MUI herausgegebenen *Fatwas*, die Intoleranz fördern und Verletzungen der verfassungsmäßigen Rechte von Minderheiten durch Bürgerwehren Vorschub leisten, so Bonar. Zu diesen *Fatwas* gehören Urteile gegen Säkularismus, Pluralismus und religiösen Liberalismus im Jahr 2005, die Häresie der Ahmadiyah im Jahr 2008 und Blasphemie gegen den Koran und Geistliche in der Rede von Basuki Tjahaja Purnama (Ahok) im Jahr 2016.

Bonar sagte, dass viele der Ansichten von Ma'ruf Amin und der MUI die Förderung und Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte von Minderheitengruppen behindern.

### Christliche Unterstützung

Zwei führende indonesische Organisationen, die Hunderte von christlichen Konfessionen beherbergen, reagierten positiv auf die neuen Regelungen.

Der Vorsitzende der Gemeinschaft der indonesischen Kirchen (*Persatuan Gereja Indonesia*, PGI), Pastor Gomar Gultom, sagte, die vorgeschlagene Politik stehe im Einklang mit dem langjährigen Vorschlag, den die PGI Präsident Widodo, Religionsminister Yaquut und Innenminister Tito Karnavian unterbreitet habe.

„Es ist äußerst absurd, dass die Befugnis des Staates, eine Genehmigung zur Errichtung eines Gotteshauses zu erteilen oder nicht zu erteilen, durch die Empfehlung der FKUB aufgehoben werden kann, obwohl es sich nicht um einen Staatsapparat handelt“, sagte Gomar am 4. August gegenüber CNNIndonesia.com.

Er fügte jedoch hinzu, dass er bezweifle, dass die Änderung die Gründung von Gotteshäusern erleichtern werde.

„Auf jeden Fall ist die neue Regelung ein Versuch, den Auftrag von Artikel 29 der Verfassung von 1945 zu erfüllen“, sagte er.

Der Vorsitzende des Setara-Instituts pflichtete ihm bei.

Setara hat die Regierung seit langem gedrängt, das Verfahren zur Errichtung von Gotteshäusern zu vereinfachen und schrittweise Maßnahmen zu ergreifen, um diskriminierende Bestimmungen in dem gemeinsamen Erlass zu beseitigen, die zu Schwierigkeiten bei der Erteilung von Baugenehmigungen für religiöse Minderheiten führten, so Hendaridi.

Die indonesische Bischofskonferenz (*Konperensi Wali Gereja Indonesia*, KWI) erklärte, dass sie den Plan begrüße, da er die Bürokratie vereinfachen würde. Die KWI forderte das Ministerium für religiöse Angelegenheiten außerdem auf, neben der Rücknahme der FKUB-Empfehlung auch andere Anforderungen für den Bau von Gotteshäusern zu überprüfen.

Indonesien rangiert auf der Weltbeobachtungsliste 2024 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors auf Platz 42 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, ein Christ zu sein. Die indonesische Gesellschaft hat einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die evangelistisch tätig sind, laufen Gefahr, von islamischen Extremistengruppen ins Visier genommen zu werden, so der WWL-Bericht.

<https://morningstarnews.org/2024/08/opposition-emerges-to-easing-worship-permits-in-indonesia/>

# Israel: Kämpfe im Norden halten an

## Massiver Raketenbeschuss

Von Israelnetz v. 21. August 2024 / *Israel geht weiter gegen Waffenlager im Libanon vor. Die Terrormiliz Hisbollah antwortet mit Raketensalven. Indes sieht ein Militärhistoriker Israel auf dem Weg zum Sieg im Gazastreifen.*

KAZRIN (inn) – Die Kämpfe an der Nordgrenze Israels gehen unvermindert weiter. Am Mittwochmorgen feuerten Terroristen der Hisbollah mehr als 50 Raketen auf Israel ab; betroffen war vor allem die Ortschaft Kazrin auf den Golanhöhen. Die meisten Geschosse fing das Abwehrsystem Eisenkuppel ab. Ein Mann wurde jedoch verletzt und kam ins Krankenhaus. Einige Treffer verursachten zudem Schäden an mehreren Wohnhäusern.

Zuvor hatte Israel Hisbollah-Ziele im Libanon angegriffen. Darunter befanden sich auch Waffenlager in der Bekaa-Ebene, von Israel aus mehr als 100 Kilometer entfernt gelegen. Bereits am Montag nahm die israelische Luftwaffe dort Ziele ins Visier. In den Sozialen Medien verbreiteten Nutzer Videos, die zahlreiche sekundäre Explosionen zeigen – ein Hinweis auf umfangreiche Waffenlager.

Als Reaktion auf diese Angriffe feuerte die Hisbollah am Dienstag 115 Raketen und Drohnen auf Israel. Verletzte gab es nicht, einige Treffer lösten aber Brände in der Natur aus.

## Geodaten-Experte: UNIFIL erfüllt Mandat nicht

Der israelische Geodaten-Experte Ben Zion Macales kritisierte indes, dass die UN-Schutztruppe UNIFIL die Hisbollah im Libanon schalten und walten lasse. So befänden sich Raketenstarter, die Israel am Montag im Südlibanon zerstörte, nur 620 Meter entfernt von einer UNIFIL-Stellung.

„Jemandem hat seine Mandatspflicht nicht erfüllt, vorausgesetzt, es besteht überhaupt Interesse daran, sie zu erfüllen“, sagte Macales der israelischen Zeitung „Jerusalem Post“. Die Aufgabe der UNIFIL ist es eigentlich, zu verhindern, dass im Südlibanon eine bewaffnete Miliz auftritt. Deutschland beteiligt sich an der Mission.

## Gallant: Verlagerung in den Norden

Die Angriffe auf Terrorziele im Libanon sind zwar keine Neuentwicklung, doch Israel wechselt derzeit den Fokus: Weg vom Gazastreifen, hin zur Nordgrenze. Der israelische Verteidigungsminister Joav Gallant erklärte am Dienstag, das „Gravitationszentrum“ der militärischen Aktivität bewege sich schrittweise nach Norden.

Weiter sagte der Likud-Politiker, Ziel sei es, die evakuierten Israelis wieder in ihre Häuser zu bringen. Wenn eine diplomatische Lösung möglich sei, werde Israel diese Chance nutzen, andernfalls werde Israel „handeln“.

## Militärhistoriker: Israel gewinnt

Der Wechsel dürfte auch durch die militärische Lage im Süden bedingt sein. Nach Einschätzung des amerikanischen Militärhistorikers John Spencer ist Israel im Begriff, im Gazastreifen „zu gewinnen“. Die Terror-Organisation Hamas verfüge nur noch über einen Bruchteil ihrer militärischen Fähigkeiten, schrieb er in einem Beitrag für die Zeitschrift „Foreign Affairs“.

Abgesehen davon sei die Herrschaft der Hamas auch im Inneren herausgefordert: „ Hamas-Militärs töten Zivilisten im Gazastreifen, darunter Klan- und Stammesführer, die die brutale Herrschaft der Gruppe herausfordern. Der Umstand, dass Einwohner die Hamas zunehmend auf Social Media und in Kommentaren der internationalen Presse kritisieren, sind ein Zeichen dafür, dass die Gruppe ihren Zugriff verliert.“

Intensive Kämpfe seien in den meisten Gebieten zwar weiter nötig, meint Spencer. Doch Israel müsse nun auch zeigen, dass es einen politischen Plan für die Zeit danach habe – andernfalls verliere es den gegenwärtigen Vorteil. (df)



# Japan: Professor reflektiert über die tragische Geschichte der Christenverfolgung in Japan

## Katholische Kirche feiert 150-jähriges Jubiläum

IIRF-D/ICC/Tübingen/22.08.24 – Wie [berichtet](#), feiert die römisch-katholische Kirche in Tokio ihr 150-jähriges Bestehen. ICC berichtet dazu: Paul Marshall, Wilson anerkannter Professor für Religionsfreiheit am Institut für Studien zur Religion an der Baylor University, hat kürzlich eine Analyse der Christenverfolgung in Japan für „Religion Unplugged“ ( Nachrichten und Einblicke in das Christentum, den Buddhismus, den Islam und den Glauben in aller Welt) verfasst.

Seine Einsichten zeichnen ein tragisches und zugleich eindrucksvolles Bild der Verfolgung und des Überlebens des Christentums in Japan. Professor Marshall bestätigte, dass das Verbot des Christentums in Japan im frühen 17. Jahrhundert, das fast 250 Jahre andauerte, von Historikern der Welt und der Christenheit gut dokumentiert ist.

Dieses harte Vorgehen, bei dem ein „fumi-e“ (d. h. ein christliches Bild wie ein Kreuz, ein Jesusbild usw.) mit Füßen getreten wurde, führte zur Gründung von Untergrund- und Geheimkirchen.

Marshall fügte jedoch hinzu, dass die grausame Christenverfolgung im 19. Jahrhundert weniger bekannt ist. Im Jahr 1868 wurden 3 394 Christen aus Nagasaki ins Exil nach Tsuwano in der Präfektur Shimane gebracht. Viele dieser verbannten Christen wurden in einem sanjakaro (einer 10 mal 10 Fuß großen Kiste) eingesperrt, wo sie oft verhungerten. In Tsuwano wurden eine Gedenkstätte und eine Kapelle errichtet, um an diese Tragödien zu erinnern. Marshall erzählte eine inspirierende Geschichte eines 6-jährigen Mädchens, das nach Tsuwano verbannt wurde:

Auf dem Gelände befindet sich eine kleine Kapelle mit Buntglasfenstern. Ein Fenster erzählt die Geschichte der sechsjährigen Katarina Mori. „Als sie kurz vor dem Verhungern war, brachte ihr einer ihrer Entführer Süßigkeiten und sagte, er würde ihr die Süßigkeiten überlassen, wenn sie ihren Glauben aufgäbe. Katarina soll daraufhin geantwortet haben: „Der Himmel schmeckt besser.“

Katarinas eindrucksvolle Geschichte, die sich vor mehr als 150 Jahren ereignete, ist eine kraftvolle Erinnerung an die Verfolgung von Christen im Laufe der japanischen Geschichte und eine hervorragende Ermutigung und Inspiration für die relativ kleine Zahl von Christen im heutigen Japan (etwa 1 bis 1,5 % des Landes bekennen sich als Christen) und für Christen weltweit.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Laos: Pastor vor den Augen seiner Familie getötet

Zwei verummte Männer stürmten Ende Juli das Haus eines Pastors im Nordwesten von Laos und erschossen ihn brutal vor den Augen seiner Familie ([wir berichteten](#)).

Thongkham Philavanh, 42, Ehemann und Vater von zwei Teenagern, war ein Pastor der ethnischen Gruppe der Khmu und Leiter einer evangelischen Kirche in einer Provinz im Nordwesten von Laos, der mutig das Evangelium teilte und lebte.

Am Dienstag, den 23. Juli, kehrten er und seine Frau Sengdala gegen 20 Uhr von einem Besuch bei Mitgliedern ihrer Kirche nach Hause zurück. Der Pastor ging zu den Hühnern und dem übrigen Vieh in ihrem Hof, während seine Frau und einige junge Leute, die bei ihnen wohnten, das Abendessen zubereiteten.

Kurz darauf stiegen zwei verummte Männer vor ihrem Haus von einem Motorrad. Sie fragten ein paar Kinder, die vor dem Eingang standen, wo der Pastor sei. Als Thongkham das Gespräch hörte, ging er sofort auf seine "Besucher" zu, die sich als seine Mörder herausstellten. Einer der Angreifer packte den Pastor am Arm, während der andere eine Pistole aus seiner Tasche zog.

Sengdala, die von der Aufregung draussen beunruhigt war, ging ebenfalls hin und musste mit ansehen, wie ihr Mann von sechs Kugeln in verschiedene Körperteile getroffen wurde. Blutüberströmt brachte sie ihn ins Krankenhaus, das bei ihrer Ankunft nur noch den Tod feststellen konnte.

## Treu trotz Drohungen

Das Paar war bereits mehrmals von den Behörden gewarnt worden, die Druck auf sie ausübten, ihre christlichen Aktivitäten einzustellen. So waren sie beispielsweise mehrmals von der Polizei in das Büro des Dorfvorstehers vorgeladen worden.

Trotz der Drohungen hielt Pastor Thongkham stand. Er hatte die Leitung ihrer Kirche von seinem Schwiegervater Dok\* übernommen, der wegen seines Glaubens 13 Jahre lang inhaftiert war. Zusammen mit seiner Frau halfen sie dabei, Hauskirchen in ihrer Region zu gründen. Innerhalb weniger Jahre stieg die Zahl der Menschen, die sich dort versammelten, stark an.

## Ermordet als Warnung?

Obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, gehen Sengdala und die Familie des Pastors davon aus, dass das Motiv für den Mord mit seinem Glauben an Jesus und dem Dienst, den er und seine Familie in der Region ausüben, zusammenhängt. «Es ist eine Art Warnung. Sie töten den Pastor, um die Mitglieder einzuschüchtern», sagte einer der Pastoren, die bei der Gedenkfeier anwesend waren.

Seit einem Jahr sagte Pastor Thongkham seiner Frau, sie solle sich vorbereiten, da er wisse, dass ihr Leben in Gefahr sei. Sengdala schluchzte und sagte: «Er hat uns nicht alles gesagt, was passiert ist. Er behielt die grösste Last für sich, weil er uns schützen wollte. Er hat sich geopfert, um seine Familie zu schützen.»

Ein Team von Partnern von Open Doors besuchte die Beerdigung des Pastors, um die Familie und die von der Tragödie stark erschütterte Gemeinde zu unterstützen und zu ermutigen.

*\*Name aus Sicherheitsgründen geändert*

Quelle: Open Doors Schweiz (16.08.2024)

[https://www.opendoors.ch/news/laos-pastor-vor-den-augen-seiner-familie-getotet/?\\_cldee=5nKtr6oCmWN05IPJxJyQ96AwAaBAR9h0Qr-YiF0hBD82pEYL67ToQiTrwTpmD9S&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-e5c1b65400aa4ce7b027649cfacd94bb&esid=405aa727-b158-ef11-bfe2-000d3aba3b9f](https://www.opendoors.ch/news/laos-pastor-vor-den-augen-seiner-familie-getotet/?_cldee=5nKtr6oCmWN05IPJxJyQ96AwAaBAR9h0Qr-YiF0hBD82pEYL67ToQiTrwTpmD9S&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-e5c1b65400aa4ce7b027649cfacd94bb&esid=405aa727-b158-ef11-bfe2-000d3aba3b9f)

# Malaysia: Mufti schlägt vor, Muslime in nicht-muslimischen Gotteshäusern predigen zu lassen

International Christian Concern - Eine führende interreligiöse Gruppe in Malaysia hat den Vorschlag eines hohen islamischen Beamten kritisiert, Muslimen zu erlauben, in Kirchen und anderen nicht-islamischen Gotteshäusern zu predigen.

Der malaysische Konsultativrat für Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Sikhismus und Taoismus (MCCBCHST) äußerte die Befürchtung, dass ein solcher Schritt die Spannungen erhöhen und die Heiligkeit anderer Gotteshäuser untergraben könnte.

Die Kontroverse brach aus, nachdem Datuk Mohamad Sabri Haron, der Mufti von Terengganu, erklärt hatte, dass Muslime das Recht haben, Gebetsstätten anderer Religionen zu betreten, um den Islam zu verbreiten. Die Äußerungen des Mufti lösten bei nicht-muslimischen Gemeinschaften Empörung aus, die den Vorschlag als direkte Herausforderung für die Religionsfreiheit und die

interreligiöse Harmonie in dem überwiegend muslimischen Land betrachten.

Der MCCBCHST argumentierte, dass die malaysische Verfassung zwar das Recht auf Religionsfreiheit garantiert, aber keine Bekehrungsversuche in Gebetsstätten anderer Religionen erlaubt. Die Gruppe forderte die Regierung auf, die Rechtslage für den Vorschlag des Muftis zu klären und Maßnahmen zum Schutz der Rechte aller religiösen Gruppen zu ergreifen.

Die Angelegenheit hat das heikle Gleichgewicht zwischen Religionsfreiheit und der Verhinderung von religiösem Extremismus in Malaysia deutlich gemacht. Während das Land auf eine Geschichte relativer religiöser Toleranz zurückblicken kann, haben in den letzten Jahren die Spannungen zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften zugenommen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Mittlerer Osten: Christen bereiten sich auf einen möglichen neuen Konflikt vor

International Christian Concern - Angesichts der zunehmenden religiösen Spannungen im Mittleren Osten und des Krieges zwischen Israel und der Hamas bereiten sich die Christen, die in der Mitte des Konflikts gefangen sind, auf einen weiteren möglichen Konflikt vor.

Die Region, die sich an Unruhen und Instabilität gewöhnt hat, bereitet sich auf eine weitere Zunahme religiöser Gewalt vor, da sich Israel und der Iran einem möglichen Krieg nähern. In der Vergangenheit wurden die Christen im Nahen Osten in Zeiten von Konflikten stark verfolgt.

Fleur Hassan-Nahoum, Sondergesandte des israelischen Außenministeriums, behauptet, dass ein Krieg zwischen den beiden Nationen unvermeidlich ist. Diejenigen, die im Schatten des Konflikts leben, fürchten um ihr Leben. Die Partner von International Christian Concern (ICC) im Irak fragen sich, wann die Bomben aus dem Iran einschlagen werden und ob ihre Familien im Schlaf sicher sein werden.

„Seit 2003 befinden sich die Christen im Irak in einer so schwierigen Situation, da ihre Zukunft in diesem Land ungewiss ist“, sagte ein ICC-Partner im Irak, der an den Iran grenzt. „Jede Spannung in der Region wirkt sich negativ auf die Existenz der Christen aus, vor allem, wenn sie weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.“

Die Bedeutung des Traumas einer solchen Instabilität kann nicht unterschätzt werden. In einer Studie des BMJ (Britisches medizinisches Journal) heißt es: „Die Bedrohung durch ein Unglück verstärkt die Belastung durch ein psychologisches Trauma. Kontinuierliche Traumabelastung geht mit psychischen Gesundheitsproblemen einher, einschließlich posttraumatischer Belastungsstörung (PTSD), emotionaler Dysregulation, Depression und Selbstmordgedanken oder -verhalten.“

Seit vielen Jahren steht die Islamische Republik Iran wegen ihres repressiven Regimes unter der Führung des Obersten Führers Ali Khamenei in der Kritik. Auf Abtrünnigkeit steht die Todesstrafe, was Christen dazu veranlasst, ein reges und riskantes Netzwerk von Untergrundkirchen aufzubauen. Der Konflikt zwischen Israel und dem Iran geht über die Machtpolitik hinaus. Der religiös freie Staat Israel beleidigt die Agenda des radikalen Islam. In vielen Ländern wie dem Irak und dem Libanon könnte die bescheidene Freiheit der Christen bedroht sein, wenn der Iran in der Region an Einfluss gewinnt.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Nicaragua: Niederschlagung der Christen

## Sechs Frauen verhaftet oder inhaftiert

IRF-D/ICC/Tübingen-Nicaragua/21/08/2024 -Gegenwärtig findet eine Welle der staatlichen Unterdrückung von Christen in Nicaragua statt ([wir berichteten](#)). Die christliche Menschenrechtsorganisation International Christian Concern berichtet nun von staatlichen Repressalien gegen Christinnen:

Im vergangenen Jahr wurden in Nicaragua sechs Christinnen wegen ihrer religiösen Aktivitäten inhaftiert. Unter ihnen sind fünf Katholikinnen, nämlich María Asunción Salgado, Evelyn Guillén, Adela Tercero, Gabriela Morales und Maricarmen Espinosa Segura, sowie eine Protestantin, Marisela de Fátima Mejía Ruiz.

María Asunción Salgado wurde am 7. Oktober 2023 [verhaftet](#). Salgado und zwei weitere Personen wurden wegen „religiöser Überzeugung, Aktivität und Vereinigung“ [festgenommen](#), als sie [an einer](#) religiösen Feier in der zur Diözese Estelí, Nicaragua, gehörenden Pfarrei Nuestra Señora de Asuncion teilnahmen.

In ähnlicher Weise wurde Evelyn Guillén am 5. August 2023 wegen „religiöser Aktivitäten und Äußerungen“ [verhaftet](#). Guillén soll ein Plakat aufgehängt haben, auf dem sie sich für die [Freilassung](#) von Bischof Rolando Alvarez aussprach. Die Behörden nahmen Alvarez im August 2022 fest und hielten ihn mehr als ein Jahr lang in Hausarrest oder im Gefängnis, weil er gepredigt hatte, dass bestimmte Freiheiten von Gott gegeben sind. Er wurde am 14. Januar freigelassen und in den Vatikan verbannt. [Berichten zufolge](#) wurde Guillén in der Haft keine medizinische Behandlung gewährt.

[Adela Tercero](#) und [Gabriela Morales](#) wurden am 19. August 2023 „im Zusammenhang mit einem harten Vorgehen gegen religiöse Einrichtungen“ verhaftet. Sie wurden angeblich wegen der Verbreitung falscher Informationen und der „Untergrabung der nationalen Sicherheit“ angeklagt, obwohl diese Anklagen schließlich fallen gelassen wurden. Beide Frauen wurden angeblich mit Marihuana in ihrem Besitz angetroffen und wegen Drogenhandels verurteilt. [Berichten zufolge](#) wurde beiden Personen das Recht auf einen Anwalt verweigert.

Tercero besuchte die [Zentralamerikanische Jesuitenuniversität](#) (UCA) in Managua, wo sie studentische Anführerin war, und Morales war Studentin an der [Jesuitenuniversität Juan Pablo II](#). Viele UCA-Studenten waren 2018 aktiv an den Protesten gegen die von der autoritären Regierung vorangetriebenen Reformen der sozialen Sicherheit beteiligt. Beide christlichen Schulen wurden im Zuge der zunehmenden Angriffe gegen katholische Kirchen und Einrichtungen durch das nicaraguanische Regime von Präsident Daniel Ortega geschlossen. Führende Persönlichkeiten und Gemeindemitglieder der katholischen Kirche unterstützten die Demonstranten 2018 und sprachen sich gegen die Menschenrechtsverletzungen der nicaraguanischen Behörden aus.

Der US-Kongressabgeordnete Chris Smith veröffentlichte Anfang 2024 eine [Erklärung](#), in der er die Haltung der nicaraguanischen Regierung gegenüber den Demonstranten anprangerte.

„Zehntausende Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner sind seit 2018 aus ihrem Land geflohen, um der Verfolgung zu entgehen, als Ortegas Regierung gegen weit verbreitete Proteste gegen das Regime vorging und dabei Hunderte von Menschen tötete, Tausende verletzte und viele willkürlich festnahm“, erklärte Smith.

Maricarmen Espinosa Segura wurde im Dezember 2023 unter dem Vorwurf der Geldwäsche [verhaftet](#) - eine Taktik, die Ortegas Regime häufig anwendet, um diejenigen, die es als politische Feinde betrachtet, fälschlicherweise zu beschuldigen und zu inhaftieren. Segura wurde am 19. März wegen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Dienst Puerta de la Montaña zu 10 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 80 Millionen Dollar verurteilt. Das Werk war Teil von Mountain Gateway, einer christlichen Missionsgruppe mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Elf Pastoren und evangelikale Leiter mit Verbindungen zu Puerta de la Montaña wurden im März wegen fadenscheiniger Anschuldigungen der Geldwäsche [verurteilt](#).

Puerta de la Montaña und Mountain Gateway koordinierten evangelistische Großveranstaltungen. Diese Veranstaltungen zogen Hunderttausende von Christussuchenden und Gläubigen an, was das autoritäre Regime wahrscheinlich als Bedrohung seiner Macht ansah.

Wie Segura wurde auch Marisela de Fátima Mejía [Ruiz](#), die ebenfalls mit dem Puerta de la Montaña- Dienst in Verbindung stand, wegen Geldwäsche zu einer Geldstrafe von 80 Millionen Dollar und einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt.

In einem [Bericht](#) der Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) vom Juni 2024 wird das Ausmaß der Verfolgung von Christen in dem lateinamerikanischen Land ausführlich beschrieben.

„Die soziale und politische Krise in Nicaragua, die im April 2018 mit der gewaltsamen Unterdrückung friedlicher Proteste durch die Regierung begann, hatte verheerende Auswirkungen auf Katholiken und Protestanten“, heißt es in dem Bericht. „Die Regierung nahm zunächst die katholische Kirche ins Visier, weil sie Demonstranten Zuflucht gewährte und Geistliche sich gegen die Menschenrechtsverletzungen der Regierung aussprachen ... [Darüber hinaus] hat das ... Regime zunehmend repressive Maßnahmen gegen protestantische Gemeinschaften ergriffen, da es versucht, seinen Griff um die Macht zu festigen.“

Quelle: <https://www.persecution.org>

# Nicaragua: Schon 245 Geistliche des Landes verwiesen

PRO - Das christliche Medienmagazin Von Martin Schlorke/ 21. August 2024 *Seit Jahren geht Nicaragua gegen Christen und Kirche im Land vor. Kürzlich hat die Regierung 1.500 Nichtregierungsorganisationen verboten – und erneut Geistliche ausgewiesen.*

Die autoritäre Regierung Nicaraguas hat weitere 1.500 Nichtregierungsorganisationen (NGO) verboten. Das berichten mehrere Medien übereinstimmend. Betroffen sind insbesondere christliche Organisationen. Zur Begründung heißt es, dass die betroffenen NGOs angeblich „über einen Zeitraum von einem bis 35 Jahren“ ihre finanziellen Verhältnisse nicht offengelegt haben sollen. Zusätzlich zum Verbot haben die Behörden die Vermögen der Organisationen beschlagnahmt. In den letzten Jahren wurden bereits rund 5.000 Organisationen verboten.

Das Portal „Vatican News“, das vom Vatikan betrieben wird, zählt zudem seit 2018 bereits 245 Geistliche, die das Land verlassen mussten. Einige seien als „Vaterlandsverräter“ gebrandmarkt wurden und hätten ihre Staatsangehörigkeit verloren. Betroffen sind laut Vatikan Bischöfe, Priester, Diakone und Ordensleute.

Das Jahr 2018 ist eine Zäsur in der jüngeren Geschichte des mittelamerikanischen Landes. Nachdem Präsident Daniel Ortega eine Kürzung der Renten angekündigt hatte, kam es zu massiven Protesten, die blutig niedergeschlagen wurden. Mehr als 300 Menschen kamen nach UN-Angaben ums Leben, Hunderte gelten als vermisst. Die Kirche bot den Demonstranten Zuflucht an und trat als Vermittlerin auf. Dadurch geriert sie zur Zielscheibe des Präsidenten und wird seitdem systematisch bekämpft.

Das christliche Hilfswerk „Open Doors“ listet [Nicaragua](#) auf Platz 30 des Weltverfolgungsindex – beobachtet aber eine zunehmende Verschlechterung der Lage für Christen. 2020 lag das Land noch auf Platz 72.

# Nigeria: Besorgnis über das Schicksal von 20 Studierenden der Medizin

Nach Entführung am 15. August 2024

Abuja (Agenzia Fides) - Noch immer gibt es keine Nachricht von den 20 Studierenden der Medizin, die am 15. August im Bundesstaat Benue in Ost-Zentral-Nigeria entführt wurden. Die Studierenden waren auf dem Weg zum jährlichen nationalen Kongress der Föderation der katholischen Medizin- und Zahnmedizinstudenten (FECAMDS), als sie auf der Straße von bewaffneten Banditen abgefangen wurden.

Die Nachricht von der Entführung wurde von der FECAMDS in einer Erklärung bekannt gegeben, die vom nationalen Präsidenten Ige Gabriel Ariyo und der nationalen Generalsekretärin Mary Rose Malomo unterzeichnet wurde.

„Am 15. August 2024, gegen 17 Uhr, wurden 20 unserer Mitglieder auf dem Weg zu unserem jährlichen nationalen Kongress in Enugu, Enugu State in Nigeria, in der Nähe von Otukpo im Benue State entführt“, heißt es in der Erklärung.

„Seit diesem Vorfall sind wir sehr traurig und arbeiten unermüdlich mit den beteiligten Parteien zusammen, um die rasche Freilassung der Studierenden zu erreichen. Wir stehen bereits in engem Kontakt mit den Familien und allen Beteiligten, damit die Entführten schnell und unversehrt freigelassen werden können. Wir möchten allen versichern, dass die FECAMDS Nigeria sich aktiv für die Bewältigung der Situation einsetzt.“

„Wir appellieren an die Öffentlichkeit und die Medien, die Sensibilität der Situation zu respektieren und keine unbestätigten Informationen zu verbreiten, die die Situation gefährden könnten“, heißt es in der Erklärung abschließend. Die FECAMDS hat unterdessen auch zu einem Gebetstreffen aufgerufen, um gemeinsam für die sichere Freilassung der Studierenden zu beten.

Die Studierenden, zwölf von der Universität Maiduguri und acht von der Universität Jos, wurden entführt, während sie gemeinsam unterwegs waren. Maiduguri ist die Hauptstadt des Bundesstaates Borno, der Geburtsstätte der islamistischen Gruppe Boko Haram, während Jos die Hauptstadt des Bundesstaates Plateau ist, der von Auseinandersetzungen zwischen sesshaften und nomadischen Bevölkerungsgruppen geprägt ist. Nigerianischen Presseberichten zufolge wurden die 20 Studierenden von einer Gruppe von Fulani-Nomaden entführt. Im Juli letzten Jahres wurde der Rektor der Benue State Polytechnic zusammen mit einigen seiner Mitarbeiter entführt. Die Entführungen zu Erpressungszwecken sind in Nigeria mittlerweile endemisch. Massenentführungen von Studierenden und Lehrenden ermöglichen es den Entführern, größere Lösegelder zu erpressen, auch weil sie die Öffentlichkeit alarmieren.

Im Fall der 20 FECAMDS-Mitglieder ordnete der Gouverneur des Bundesstaates Benue die Mobilisierung der Strafverfolgungsbehörden an, um die Geiseln zu finden, unter anderem durch den Einsatz von Drohnen. Berichten zufolge gelang es einigen Studierenden, eine Lösegeldforderung und die Handynummer eines der Entführer auf X zu veröffentlichen. Die Nutzung der Mobiltelefone der Entführten stellt für die Entführer ein Risiko dar, das sie offenbar gerne eingehen.

(L.M.) (Fides 20/8/2024)



# Nigeria: Schicksal von entführtem Pastor und Tochter unbekannt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/22.08.24 - Der Aufenthaltsort eines mit seiner Tochter entführten Pastors ist unbekannt. Auch nach Zahlung von Lösegeld drohen ihre Entführer, sie zu töten.

Isa Andrew, Kaplan der protestantischen Kirche All Saints des Polizeikommandos des Bundesstaates Zamfara, und seine 13-jährige Tochter Grace Isa Andrew, 13, wurden am 14. Juli aus ihrem Haus in Gusau entführt. Verwandten und Freunden war es gelungen, ein Lösegeld in Höhe von 6 Millionen Naira (3.770 USD) zu zahlen, aber die Entführer drohten, ihn zu töten, wenn sie nicht bis 15. August weitere 6 Millionen Naira sowie drei Motorräder erhielten.

Angehörige hatten ein Video erhalten, auf dem der Pastor mit verbundenen Augen an die Zahlung des Lösegelds appelliert, während seine Tochter mit einem AK-47-Gewehr auf der Schulter neben ihm steht, als Zeichen dafür, dass sie verheiratet werden und sich den Angreifern anschließen würde.

Pastor Andrew identifizierte sich in dem Video als Pastor und Seelsorger, der für das Interfaith Directorate der Christian Association of Nigeria (CAN) arbeitet, und sagte, seine Tochter Grace sei bei ihm. Nachdem sie aus ihrem Haus entführt worden waren, habe seine Familie ein Lösegeld von 6 Millionen Naira gezahlt, aber die Entführer hätten bei der Abholung eine weitere Zahlung in gleicher Höhe verlangt, zusammen mit zwei Boxer-Motorrädern und einem Honda-Motorrad.

„Wir haben alles getan, was wir konnten, wir haben alles verkauft, was wir haben; wir haben unseren Besitz verkauft, unser Auto verkauft, unsere Gegenstände verkauft; wir haben Kredite aufgenommen, mein Bruder hat Kredite aufgenommen, meine Frau hat Kredite aufgenommen, Personen guten Willens haben uns ebenfalls geholfen, um die geforderten 6 Millionen Naira aufzubringen“, sagte Pastor Andrew. „Ich möchte Sie, liebe Nigerianer, und die First Lady unseres Landes, die Mutter der Nation, bitten, uns zu Hilfe zu kommen. Sie ist die Esther unserer Zeit, bitte kommt uns zu Hilfe.“

Er sagte, seine Tochter sei „vielen Misshandlungen ausgesetzt, dem Hunger ausgesetzt“, und er sei Diabetiker, dessen Gesundheit sich täglich verschlechtere.

„Bitte kommen Sie uns zu Hilfe, unterstützen Sie uns. Wir haben von jetzt an bis nächste Woche Donnerstag, den 15. August 2024, Zeit, sonst werde ich hingerichtet und meine Tochter wird zwangsverheiratet. Sie ist erst 13 Jahre alt“, sagte er. „Bitte helfen Sie uns. Ich brauche Ihre Hilfe. Der Herr segne Sie.“

Das Polizeikommando des Bundesstaates Zamfara [bestätigte](#) die Entführung des Pastors und seiner Tochter in den frühen Morgenstunden des 14. Juli. Polizeipräsident Mohammed Dalijan sagte, dass 53 Streifenwagen in verschiedenen Straßen von Gusau eingesetzt worden seien.

Das Entführer-Video wurde am 10. August in den sozialen Medien weit verbreitet.

Ein Einwohner von Gusau, Emmanuel Bulus, einen Appell an die Öffentlichkeit. „Isa Andrew ist nicht nur ein engagierter Zivillist, der mit der nigerianischen Polizei zusammenarbeitet, sondern dient auch als Kaplan in ihrer Kirche“, sagte Bulus. „Meine nigerianischen Mitbürger, ich flehe euch an, lasst uns nicht zulassen, dass diese Tragödie weitergeht. Wir müssen uns zusammenschließen, um Isa und Grace zu retten und sie mit ihrer Frau, ihrer Mutter und zwei weiteren Kindern wieder zusammenzubringen.“

<https://morningstarnews.org/2024/08/fate-of-pastor-daughter-kidnapped-in-nigeria-unknown/>

# Pakistan: Christliche Eltern erhalten Sorgerecht für drei entführte Töchter zurück

Drei von ihren Arbeitgebern entführte Mädchen wurden gezwungen auszusagen, dass sie zum Islam konvertiert seien, aber ein Richter gab sie an ihre christlichen Eltern zurück.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/22.08.24 - Richter Shakil Ahmed vom Obersten Gerichtshof in Lahore gestattete den Schwestern im Alter von 9, 13 und 16 Jahren am Donnerstag (15. August), ihre erzwungene Aussage zurückzunehmen, und übergab das Sorgerecht für sie an ihre Eltern, Naveed Masih und seine Frau Mina Naveed, Ziegelofenarbeiter im Bezirk Kasur in der Provinz Punjab, sagte Katherine Sapna, Geschäftsführerin der Rechtsberatungsgruppe Christians True Spirit.

Das Ehepaar hatte seine Töchter im September 2023 als Hausangestellte zu einer Muslimin, Haleema Bibi, geschickt, aber bald darauf erzählte Bibi ihnen, dass die Arbeitgeber 300.000 Rupien (1.077 USD) als „Kautio“ für die Rückgabe ihrer ältesten Tochter verlangten, so Sapna.

Sapna und den Eltern wurde erlaubt, mit ihren Töchtern zu sprechen, nachdem diese ausgesagt hatten, dass sie zu ihren muslimischen Entführern zurückkehren wollten.

„Als sich die Mädchen ein wenig beruhigt hatten, erzählten sie uns, dass Haleema und ihre Arbeitgeber sie gezwungen hatten, dem Gericht zu sagen, dass sie freiwillig konvertiert seien und zu ihren neu gefundenen muslimischen Familien zurückkehren wollten“, sagte Sapna gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Sapna sagte, die Mädchen hätten ihr erzählt, dass alle drei Arbeitgeber die gleiche Strategie angewandt hätten, um die Bemühungen der Eltern, sie zurückzuholen, zu vereiteln.

„Es ist gut möglich, dass Haleema die Arbeitgeber auf diese Idee gebracht hat“, sagte Sapna. „Dieser Trend, religiöse Bekehrung als Mittel der Schuldnechtschaft einzusetzen, nimmt zu, vor allem in der Ziegelofenindustrie im Punjab.“

Die Armut habe die Eltern gezwungen, ihre Töchter, die 16-jährige Hina Naveed, die 13-jährige Neha Naveed und die 9-jährige Mehru Naveed, zu Bibi zu schicken, sagte deren Mutter, Mina Naveed. Sie sagte, Bibi habe für mehrere christliche Kinder aus New Abadi, dem Dorf Chak Nr. 68 in Pattok Tehsil, eine Beschäftigung gefunden. Bibi arbeitet auf Provisionsbasis und fungiert als Kontaktperson zwischen den Familien und den Arbeitgebern.

„Haleema hat uns versichert, dass sie in ein gutes Zuhause vermittelt werden, und wir haben ihr geglaubt“, sagt Mina Naveed. „Die meisten Ofenarbeiter schicken ihre Kinder zur Arbeit in Haushalten, um ihr Einkommen aufzubessern. Nur so kann man die Familie ernähren, vor allem, wenn es eine große Familie ist.“

Ihre jüngste Tochter, 5 Jahre alt, wurde im Juli krank, so dass sie Bibi bat, ihre älteste Tochter zurückzubringen, damit sie sich um sie kümmere, da es für sie sehr schwierig sei, freie Tage am Ofen zu bekommen, sagte sie. Mina Naveed bat Bibi, Hina bei ihrem Arbeitgeber um 10 Tage Urlaub zu bitten, damit sie sich um ihre kranke Schwester kümmern konnte.

„Nach ein paar Tagen erzählte uns Haleema, dass Sinas Arbeitgeber 300.000 Rupien als 'Kautio' für die Rückgabe des Mädchens verlangten“, sagte sie. „Wir waren schockiert über diese absurde Forderung und weigerten uns, sie zu akzeptieren. Als wir auf der bedingungslosen Rückgabe von Hina bestanden, drohte uns Haleema mit rechtlichen Konsequenzen.“

Mina Naveed sagte, dass sie, nachdem sie Bibis Verhalten gesehen hatte, verlangte, dass alle drei Töchter sofort zu ihr zurückgebracht werden.

„Aber sie weigerte sich ganz unverblümt mit der Begründung, alle drei Mädchen seien zum Islam konvertiert und könnten nicht zu ihren christlichen Eltern zurückgebracht werden“, sagte sie.

Mit Hilfe des CTS reichte das Ehepaar eine Petition beim Obersten Gerichtshof von Lahore ein, um ihre Töchter aus der illegalen Haft zu befreien.

„Der gesamte Gerichtssaal war schockiert, als die Mädchen sagten, dass sie Muslime seien und nicht mit ihren Eltern gehen wollten“, so Sapna. „Es war ein heikler Fall, und wir loben Richter Ahmed dafür, dass er die richtige Entscheidung getroffen hat. Er gab den Eltern ausreichend Zeit, um mit den Kindern zu sprechen, und es gelang den Eltern, sie zu überzeugen, ihre Aussagen zurückzunehmen.“

Die älteste Tochter, Hina, sagte, ihre muslimische Arbeitgeberin, Madiha Sameer, habe ihr gesagt, dass der Übertritt zum Islam die einzige Möglichkeit sei, sich vor ihrer Familie zu retten.

„Sie hat mir eine Gehirnwäsche verpasst, damit ich glaube, dass mein Vater mir schreckliche Dinge antun würde, wenn ich zurückkäme“, sagte Hina gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Sie sagte, er würde mich als Sexarbeiterin nach Dubai schicken oder sogar meine Körperorgane für Geld verkaufen.“

Hina sagte, dass Sameer sie während ihrer Arbeit in ihrem Haus misshandelt habe.

„Baji [Madiha Sameer] hat mich auch geschlagen, und die ganze Zeit, die ich dort war, musste ich auf dem Boden sitzen, um meine Mahlzeiten einzunehmen“, sagte sie.

Ihre jüngeren Schwestern machten ähnliche Erfahrungen.

„Meine Arbeitgeberin, Uzma Faisal, setzte mich unter Druck, dem Gericht mitzuteilen, dass ich den Islam angenommen hatte und bei ihr leben wollte“, sagte Neha gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Auch sie hat ein sehr negatives Bild von meinen Eltern gezeichnet.“

Mehru, die jüngste Tochter, sagte, sie sei sehr glücklich, wieder bei ihrer Familie zu sein.

Sapna sagte, CTS helfe den Mädchen, ihr Leben wieder aufzubauen.

Das Gericht sah davon ab, rechtliche Schritte gegen Bibi und die drei muslimischen Familien wegen des Versuchs, die Mädchen zum Islam zu zwingen, anzuordnen. Dem Gerichtsbeschluss zufolge hat der Richter die Petition abgewiesen, nachdem die Mädchen ihren Wunsch geäußert hatten, sich ihrem Vater/Antragsteller anzuschließen“.

<https://morningstarnews.org/2024/08/christian-parents-regain-custody-of-three-girls-in-pakistan/>

# Russisch besetzte Ukraine: Orthodoxer Priester wegen „Spionage“ zu 14 Jahren Haft verurteilt

AKREF-A/17.08.24 - Am 2. August verurteilte das unter russischer Kontrolle stehende Landgericht Saporischschja in einem vor dem Obersten Gerichtshof der annektierten Krim in Simferopol abgehaltenen Prozess den 41-jährigen ukrainisch-orthodoxen Priester Kostiantyn Maksimov wegen angeblicher Spionage zu 14 Jahren Haft in einem Arbeitslager strengen Regimes. Das Gerichtsverfahren begann am 6. Juni, mehr als ein Jahr nach der Verhaftung des Priesters durch die russischen Streitkräfte. Svetlana Maksimova, die Mutter des verurteilten Priesters, äußerte ihre Bestürzung über das Urteil und kündigte eine Berufung an, die sie jedoch nicht für aussichtsreich erachtet. Vielmehr hofft sie, dass ihr Sohn in den Genuss eines Gefangenenaustauschs zwischen Russland und der Ukraine kommt. Wenn die Berufung von Kostiantyn Maksimov verworfen wird, ist zu befürchten, dass er in ein Arbeitslager innerhalb Russlands verlegt wird.

Maksimov hatte sich gegen die Übertragung seiner Heimatdiözese von der ukrainisch orthodoxen zur russisch orthodoxen Kirche ausgesprochen. Die Anklage wegen Spionage erscheint zweifelhaft, zumal die russische Besetzungsmacht in der Ukraine eine lange Vorgeschichte fabrizierter Anklagen hat. Daneben werden Christen wegen „illegaler Missionstätigkeit“ ins Visier genommen. Im September 2023 wurden zwei Priester wegen dieses Delikts zu Geldstrafen verurteilt und ihre Abschiebung angeordnet. Sie wurden zunächst völkerrechtswidrig nach Russland gebracht und schließlich im Frühjahr 2024 nach Georgien abgeschoben.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 9. August 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Schweiz: Freikirche klagt gegen ein Verbot im Kanton Genf

## Streit um öffentliche Taufe kommt vor Gerichtshof für Menschenrechte

Genf/Straßburg (IDEA) – Die evangelische Freikirche von Cologny aus dem Schweizer Kanton Genf klagt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Straßburg) gegen das Verbot einer öffentlichen Taufe. Das teilte die Schweizerische Evangelische Allianz in einer Presseerklärung mit. Hintergrund: Im Mai 2022 beantragte die Freikirche die Erlaubnis, am Strand von La Savonnière in Collonge-Bellerive (nördlich von Genf) eine Erwachsenentaufe zu feiern. Im Juni 2022 erteilte die zuständige Behörde jedoch ein Verbot. Sie war der Ansicht, dass diese Veranstaltung die Laizität des Staates verletze. Unter Laizismus versteht man die Trennung von Kirche und Staat. Die Freikirche [klagte](#) gegen das Verbot vor dem Bundesgericht der Schweiz, das es aber im Februar 2023 bestätigte.

## Enttäuschung in der evangelischen Szene

Die Allianz erklärte, das Urteil des Bundesgerichts habe „in der evangelischen Szene Enttäuschung hinterlassen“. Der Richterspruch weise Lücken auf und stelle „eine beunruhigende Entwicklung beim Zugang zum Grundrecht auf Religionsfreiheit“ dar. Die Allianz habe die Freikirche von Cologny deshalb ermutigt, den Fall vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiterzuverfolgen. Grundlage für das Verbot ist ein „Gesetz über die Laizität des Staates“, das seit April 2018 in Kraft ist. Die Schweizerische Evangelische Allianz hat das Gesetz bereits in der Vergangenheit [kritisiert](#).

# Südsudan: Bundesstaat Unity: Gouverneur verbietet Zwangsheiraten

Juba (Fides) – Es soll künftig keine Zwangsverheiratung von Frauen und Mädchen mehr geben. Dies erklärte der Gouverneur des Bundesstaates Unity im Südsudan Riek Biem. „Ich bin der Gouverneur dieses Staates und erkläre heute: Lassen Sie uns unsere Jungen und Mädchen zur Schule bringen, damit sie die Vorteile der Bildung genießen können. Nur so können wir die Gleichstellung der Geschlechter in unserem Staat fördern“, fordert Biem. „Ich habe die Gemeinden in allen sieben Bezirken darüber informiert, dass sie alle Fälle von Kinder- oder Zwangsheirat innerhalb von 24 Stunden an das Büro des Bundesstaates zur Untersuchung melden sollen“, fügte er hinzu.

Die Entscheidung des Gouverneurs des Bundesstaates Unity erfolgte nach der brutalen Ermordung eines 20-jährigen Mädchens, das von ihrem Vater zu Tode geprügelt wurde, weil es sich weigerte, die von ihrer Familie vereinbarte Zwangsheirat einzugehen.

Die Zwangsverheiratung selbst von sehr jungen Frauen und Mädchen ist eine Tragödie im Südsudan. Die jüngsten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2010 zeigen, dass 52 % der Mädchen im Südsudan vor ihrem 18. Geburtstag und 9 % vor dem Alter von 15 Jahren verheiratet werden.

Viele Familien zwingen ihre Töchter zur Heirat, um dadurch eine Mitgift zu erhalten, selbst wenn sie unter 18 Jahre alt sind. Die unsichere Ernährungslage im Land hat das Problem noch verschärft. Viele Familien sehen sich gezwungen, ihre Töchter zu verkaufen, um die anderen Familienmitglieder zu ernähren. Nur 6 Prozent der Mädchen schließen die Grundschule ab, und eines von fünf Mädchen bricht die weiterführende Schule wegen einer Schwangerschaft ab.

Verschlimmert wird die Notlage der Frauen durch die Tatsache, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Kriegstaktik eingesetzt wird. Sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg wird aufgrund der Stigmatisierung, der Angst vor Repressalien und des Fehlens eines angemessenen Justizsystems nur selten gemeldet.

Der Südsudan ist 2015 der UN-Kinderrechtskonvention beigetreten, die ein Mindestalter von 18 Jahren für die Eheschließung vorsieht. Das Land hat zudem die Frauenrechtskonvention (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW) unterzeichnet, die die Staaten verpflichtet, die freie und uneingeschränkte Zustimmung zur Ehe zu gewährleisten.

(L.M.) (Fides 19/8/2024)

# Ukraine: Parlament beschließt Gesetz

## Mit dem Moskauer Patriarchat verbundene orthodoxe Kirche in der Ukraine wird verboten

Von Chiara Dommarco - Kiew (Fides) - Am Dienstag, den 20. August, hat das ukrainische Parlament, in zweiter Lesung den Gesetzesentwurf 8371 „Über den Schutz der Verfassungsordnung auf dem Feld religiöser Organisationen“ angenommen, der die Aktivitäten religiöser Organisation, die mit der Russischen Föderation verbunden ist, auf ukrainischem Territorium verbietet, wobei die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) ausdrücklich erwähnt wird. Das Gesetz wurde mit 265 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen, 4 Enthaltungen und 24 Nein-Stimmen angenommen.

Der Gesetzestext, der am 16. August vom Ausschuss für humanitäre Hilfe und Informationspolitik gebilligt wurde, definiert zunächst, was das Gesetz selbst unter einer „ausländischen religiösen Organisation“ versteht, d.h. eine Organisation, die „nach der Gesetzgebung eines anderen Staates gegründet und/oder als juristische Person registriert wurde, der sich außerhalb der Ukraine befindet“ (Artikel 2, Absatz 1).

In der Folge nennt das Gesetz zwei Kriterien, die bei gleichzeitiger Erfüllung durch eine ausländische religiöse Organisation deren Existenz auf ukrainischem Territorium verbieten: 1) sie hat ihren Sitz in einem Staat, „der als derjenige anerkannt ist, der eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine durchgeführt hat oder durchführt und/oder einen Teil des ukrainischen Territoriums vorübergehend besetzt hält“; 2) sie „führt direkt oder indirekt eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine“ (Artikel 2 Absatz 2). In Artikel 3 wird die UOK als „ideologischer verlängerter Arm des Regimes des Aggressorstaates, der an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt ist, die im Namen der Russischen Föderation und der Ideologie der ‚russischen Welt‘ begangen werden“, definiert und ihre Existenz auf ukrainischem Hoheitsgebiet ausdrücklich untersagt. Ebenso sind religiöse Organisationen, die mit ausländischen religiösen Organisationen verbunden sind, die durch das betreffende Gesetz für illegal erklärt wurden, und/oder religiöse Organisationen, die die Bestimmungen von Artikel 5 des Gesetzes von 1991 „Über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ (Artikel 3, Absatz 3) nicht erfüllen, verboten. Der Artikel 5 des genannten Gesetzes sieht unterdessen die Trennung der Kirche und der religiösen Organisationen vom Staat vor, woraus der Gesetzgeber die Verpflichtung zur Nichteinmischung des Staates in die Aktivitäten der politischen Parteien und umgekehrt die Nichteinmischung des Staates in die „legitimen Aktivitäten“ der religiösen Organisationen ableitet. Nach den Bestimmungen des neu verabschiedeten Gesetzes werden die Immobilien und das Kapital der verbotenen religiösen Organisation vom Staat eingezogen, mit Ausnahme des Eigentums für liturgische Zwecke (zweiter Abschnitt, Absatz 2.2.b).

Das Gesetz tritt 30 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von Gerichtsverfahren gegen Gemeinden der UOK, für die es neun Monate nach dem Datum der Veröffentlichung in Kraft treten soll.

Der Gesetzesentwurf 8371 wurde bereits am 19. Oktober 2023 in erster Lesung mit einer Mehrheit von 267 Stimmen (bei 15 Gegenstimmen) angenommen. Am 23. Juli 2024 hatte eine Gruppe von Abgeordneten das Parlament besetzt, nachdem sie erfahren hatte, dass der Gesetzesentwurf nicht auf der letzten Tagesordnung stand, die vom ukrainischen Parlament debattiert und verabschiedet werden sollte. Einer der Hauptbefürworter des Gesetzesentwurfs 8371 war Petro Porošenko, ehemaliger Präsident der Ukraine zwischen 2014 und 2019 und derzeitiger Generalsekretär der Europäischen Solidaritätspartei (Jevropejs'ka Solidarnist').

Am 24. Februar 2022, kurz nach Ausbruch des Konflikts, distanzierte sich Metropolit Onufrij (Berezovs'kij), das Oberhaupt der UOK, öffentlich von den von Moskau durchgeführten Militäroperationen. Die UOK ist nicht zu verwechseln mit der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), die von Metropolit Epifanij (Dumenko) geleitet wird und der im Januar 2019 vom Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel die Autokephalie gewährt wurde, womit die Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat bestätigt wurde.

(Fides 21/8/2024)

# Usbekistan: Restriktives Verhalten der Regierung gegenüber Gebäuden von Religionsgemeinschaften

**Moscheegebäude umgewidmet, Baptistengemeinde in Buchara darf beschädigtes Gemeindehaus nicht renovieren, Abbruchverfügung gegen zwei Gebäude von Baptisten in Urgentsch**

AKREF-A/17.08.24 - Mitte Juli kamen ein Offizier der Behörde für Staatssicherheit und ein Beamter der lokalen Abteilung für religiöse Angelegenheiten zur Abu Zar Moschee im Bezirk Yangiyul in der Region Taschkent. Sie erklärten, da die Moschee nicht in Betrieb sei, würde das Gebäude zur Nutzung für geschäftliche Zwecke umgewidmet werden. Am 24. Juni hatte der Premierminister angeblich verfügt, dass nicht registrierte Moscheen abgebrochen oder für geschäftliche Zwecke umgewidmet werden sollen. Die mit staatlicher Erlaubnis errichtete Abu Zar Moschee war von den Neunzehnhundertneunzigerjahren bis 2007 in Betrieb, als ihr die Registrierung entzogen wurde. Seither ist sie geschlossen. Die Moscheegemeinschaft versucht schon seit 2017 vergeblich, eine Neuregistrierung zu erwirken.

Die registrierte Baptistengemeinde in Buchara kann sich seit Mai 2021 nicht mehr öffentlich zum Gottesdienst versammeln, da die Behörden ihr Gemeindehaus aufgrund eines durch einen Wasserrohrbruch verursachten Schadens versiegelt haben. Unter dem Vorwand, dass sich das Gebäude im historischen Zentrum befinde und daher denkmalgeschützt sei, wird der Gemeinde die Erlaubnis verweigert, ihr Gebäude instand zu setzen. Den Baptisten wurde mitgeteilt, dass die staatliche Stelle für kulturelles Erbe eine Instandsetzung nur durch ein spezialisiertes staatliches Unternehmen erlauben würde. Auch die Genehmigung zu einem Neubau wurde der Baptistengemeinde verweigert. Der Leiter der lokalen Denkmalschutzbehörde erklärte, dass er nicht dafür zuständig wäre, das Gebäude von der Liste der denkmalgeschützten Gebäude zu streichen. Daher versammelt man sich getrennt in Privatwohnungen, was jedoch entgegen internationaler Völkerrechtsnormen nach usbekischem Recht verboten ist.

Am 30. Juli begannen die Behörden mit dem Abbruch zweier im Bau befindlicher Gebäude der Gemeinde vom Rat der Baptistengemeinden in Urgentsch. Das als Gottesdienststätte vorgesehene Gebäude war bis auf Innenarbeiten fertiggestellt. Das Wohnhaus eines Gemeindegliedes war noch im Bau. Die Gemeinde sucht schon seit einigen Jahren nach einer neuen Gottesdienststätte, da ihr derzeitiges Gebäude aufgrund des Wachstums der Gemeinde nicht mehr alle Mitglieder aufnehmen kann. So erwarben die Baptisten Teile eines Grundstücks in der Nähe des Flughafens. Die übrigen Teile gingen an andere Käufer. Viele von ihnen errichteten Gebäude auf ihren Grundstücken. Die Baptisten erhielten eine Baugenehmigung und begannen mit dem Bau, berichtet der Urgentscher Baptist Konstantin Kim. Hinter dem Rücken der Baptisten leitete Mullah Kuvandyk Rajabov nach eigenen Angaben ein Verfahren zum Abbruch der zwei Gebäude ein. Ein Gerichtsbeamter behauptete hingegen, dass die Klage vom Leiter des Grundbuchamts der Provinz Choresm eingebracht wurde. In dem Prozess am 27. Mai, zu dem die Baptisten gegen alle Rechtsnormen nicht geladen wurden, wurde die Abbruchverfügung erlassen. In der Gerichtsentscheidung wurde behauptet, dass es sich um Ackerland handle, während auf einem Großteil der übrigen aus dem geteilten Grundstück hervorgegangenen Parzellen vollkommen legal gebaut wurde und keine Abbruchverfügungen ergangen sind. Am 30. Juli erschienen Beamte mit einem Bagger. Die Beamten erschienen in Begleitung des staatlich ernannten Mullahs Kuvandyk Rajabov, der offen erklärte, dass er die Klage eingebracht hatte, in der die Behörden aufgefordert wurden, die Gebäude abzurechen. Der Mullah erklärte gegenüber den Baptisten: „Ich werde keine christlichen Aktivitäten in meinem Wohngebiet tolerieren.“ Dabei hatte Premierminister Abdulla Aripov erst am 24. Juni betont, dass Usbekistan ein säkularer Staat sei.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 16. August 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA



**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]